

Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 1 (1960)
Heft: 25

Artikel: Die letzten Ereignisse in Afrika und Asien beweisen : auch wir sind infiltriert
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1076373>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

DER KLARE BLICK

1. Jahrgang, Nummer 25

Wöchentlich, zweimonatliche Beilage

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut AG, Bern

Redaktion und Verwaltung: Dr. Peter Sager, Postfach 1178, Bern-Transit

Jahresabonnement Fr. 20.— Postcheckkonto III 24616, Telephon 2 77 69 Druckerei: Verbandsdruckerei AG Bern

KAMPFBLATT FÜR FREIHEIT, GERECHTIGKEIT UND EIN STARKES EUROPA

UNSERE LESER GEBEN UNS GRUND ZUR HOFFNUNG

In sechs Monaten hat unser Wochenblatt über 9000 Abonnenten gewonnen; damit ist der Moment gekommen, über die weitere Gestaltung unseres Blattes für die nächste Zeit zu entscheiden.

Zu diesem Zwecke führten wir eine Umfrage bei unsern Lesern durch — besser gesagt, wir führen sie noch durch: Wegen zu starker Perforierung trennten sich Karten des ersten Versandes vom Fragebogen ab, weshalb der Hersteller der Karten den Versand wiederholen musste.

Wer somit bereits eine Karte ausgefüllt und eingesandt hat, soll den zweiten Fragebogen unbeachtet lassen.

Bisher sind 1800 ausgefüllte Karten eingetroffen — bei einem Aussand an 9000 Abonnenten und einem grossen Abfall wegen des oben erwähnten Defektes ein unerhört hoher Prozentsatz. Das Ereignis beweist einmal mehr, dass unsere Leser bereit sind, sich aktiv einzusetzen.

Wir werden im Verlaufe der nächsten zwei Monate auf Grund der Auswertung dieser Umfrage an die weitere Gestaltung unseres Wochenblattes gehen. Ausserdem werden die Ergebnisse veröffentlicht.

Das vorläufige Resultat unserer Umfrage ist ein weiterer Beweis, dass es möglich ist, durch direktes Ansprechen die latente Einsatzbereitschaft von Leuten, die vielleicht sonst nicht an das Verwirklichen ihrer Ideen glaubten, zu wecken.

Der Vorschlag zur Gründung einer West-europa-Universität für Afrikaner, Asiaten und Osteuropäer mit der vorbereitenden Etappe der erhöhten Stipendienleistung wurde schon dank unseren Lesern stark verbreitet und fand bis ins Parlament viele Anhänger.

Jeder einzelne unserer Leser, der durch zwei Briefe mithalf, diese Welle auszulösen und zu verstärken, kann an diesem praktischen Beispiel sehen, dass in der Demokratie der direkte Einsatz möglich und lohnend ist.

Es muss uns gelingen, diese Einsatzbereitschaft zu erhalten und zu fördern. Dann werden diese gemeinsamen Anstrengungen unserer Leser, dann wird auch die Summe der Ideen, die auf diese Art bei uns zusammenkommen, mithelfen, wichtige und notwendige Massnahmen für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa durchzusetzen.

Auf demselben Wege erreichen wir auch, dass in der sich veränderten Welt unser Land mit neuen Ideen und mit Zuversicht eine seiner Freiheitstradition würdige Stellung behaupten kann.

Unsere Leser haben bewiesen, dass sie diesen Weg zu gehen bereit sind. Zugegeben, in unserem Fall handelt es sich um ein kleines Beispiel, um einen bescheidenen Anfang. Doch dieser Anfang einer aktiven und gleichzeitig kritischen Mitarbeit beweist, dass der Weg gangbar ist. Und das berechtigt für die Zukunft zu grossen Hoffnungen.

Peter Sager.

Die letzten Ereignisse in Afrika und Asien beweisen:

Auch wir sind infiltriert

Letzte Woche äusserte Ghanas neuer Präsident, Kwame Nkrumah, eine in Entwicklungsländern weitverbreitete Meinung: Der Westen und die USA, sagte er, hätten keinen richtigen Plan und keine wirksame Organisation, um den jungen Staaten Afrikas zu helfen. Wenn sie «nicht helfen können oder nicht helfen wollen», so könne die Hilfe auch anderswoher geholt werden.

Die sowjetische Propaganda in den jungen, ehemals kolonisierten Staaten betont ihrerseits, jede weitere Bemühung des Westens um das Wohlergehen eines Entwicklungslandes könne bloss vom Gedanken an weitere Ausbeutung geleitet sein.

Diese Propaganda infiltriert nicht nur die Entwicklungsländer. Sie infiltriert ebenfalls die Demokratien, von gewissen Oppositionskreisen, denen alles gut genug ist, um im Parlament die Regierung in Verlegenheit zu bringen, bis zu den Regierungskreisen selbst.

Es kommt so weit, dass westliche Länder

in ihrer Hilfeleistung an Staaten Asiens und Afrikas — besonders, wenn es um militärische Hilfe geht — so leise auftreten, als hätten sie tatsächlich ein schlechtes Gewissen.

Dabei brauchten sie es nicht zu haben — sie fürchten jedoch die unweigerliche Reaktion der kommunistischen Presse und ganz besonders das Echo, das deren Verleumdung ebenso unweigerlich bei naiven Intellektuellen und Oppositionspolitikern im eigenen Lager haben wird.

Das letzte Beispiel betrifft Kambodscha, wo der ehemalige König und Ministerpräsident, spätere Privatmann und neuerdings wieder Staatschef, Norodom Sihanouk, drohte, wenn die Vereinigten Staaten ihm keine Waffen lieferten, so würde er sie in Rotchina bestellen.

Kambodscha ist mitten im Seato-Dispositiv neutral. In letzter Zeit versuchte es, im Gegensatz zu seinen Nachbarn Thailand, Südvietnam und Laos, eine neutralistische Politik zu führen. Hingegen steht es, obgleich nicht Mitglied, unter dem Schutz der Seato und besitzt einen militärischen Hilfsvertrag mit den USA. Kambodscha hat sich auch bereiterklärt, Waffen nicht beim kommunistischen Block, sondern in den Vereinigten Staaten zu beziehen.

Kambodscha fühlt sich nun mit seiner Armee von bloss 28 000 Mann seinen direkten Nachbarn (Thailand: 100 000; Südvietnam: 150 000; sogar Laos: 30 000) gegenüber schwach. Es misstraut ihnen, weil sie eindeutig an den Westen gebunden sind.

In diesem Lokalproblem wandte sich Norodom Sihanouk an die USA und verlangte eine grundlegende Modernisierung seiner Armee, besonders der Flugwaffe.

Die USA waren nicht erfreut: Eine Waffenlieferung würde nur die Spannung im

Fortsetzung Seite 4

Öl auf die Wellen oder auf das Feuer?



Eine Koexistenz zwischen den Blöcken kann es nicht geben, denn das wäre keine Koexistenz, sondern ein provisorischer Waffenstillstand, durch den die Gefahr neuer Konflikte nur verschleiert würde.

Programm des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens, Kapitel «Aktive Koexistenz».

Unser Memo

Im Kongo herrscht Chaos. Die Sabena musste ihre Flüge über den Atlantik einstellen, um alle verfügbaren Apparate zur Evakuierung belgischer Familien aus dem Kongo einzusetzen. Der schweizerische Bundesrat beschloss am Montag, eine DC 6-B der Swissair zu chartern und am Dienstag nach Brazzaville (Französisch-Kongo, an der Grenze des jetzt unabhängigen Staates) zu schicken, um etwa 55 Personen zu holen. Die Gründe des Chaos: Mangelnde Kaderausbildung durch die Belgier, überstürzte Gewährung der Unabhängigkeit. Es erweist sich einmal mehr, dass der Paternalismus an und für sich zwar in die Geschichte als die mildeste Form des Kolonialismus eingehen wird, dass er aber am schlechtesten geeignet ist, um Eingeborene zu kritischem Denken, zum positiven Aufbau zu bringen — besonders aber die am wenigsten geeignete Einstellung der Kolonisatoren, um sich selbst dazu zu bringen, der Bevölkerung des Landes wirklich Verantwortung zu überlassen. Ob nun die Kongolesen beim ersten Kontakt mit Weissen anders als mit Paternalismus hätten behandelt werden können, kann mit Recht gefragt werden. Andererseits fehlte es den Belgiern seit 1945 nicht an Warnungen — sei es nur das Schicksal der ebenfalls paternalistisch regierten niederländisch-indischen Kolonien. Eine schlechte Erfahrung mit einem Paternalismus eigener Art machen heute die Buren in Südafrika. Es wären interessante Betrachtungen über das dem flämisch-niederländischen Schlag anscheinend im Blute liegende System der gemütlich-paternalistischen Herrschaft anzustellen, das man eine Zeitlang als «das beste Kolonialsystem der Welt» beschrieb und dem viel strengeren britischen und französischen als Muster entgegenhielt. Die Folgen aber sind im Moment verheerend. Gerade jetzt, da Afrika das ganze Verständnis der Welt benötigt, «beweist» der Kongo für diejenigen, welche den nötigen schlechten Willen dazu haben, dass die Afrikaner zur Freiheit nicht reif, die westlichen Demokratien zur Anleitung

Curriculum der Woche

HILDE BENJAMIN (-LANGE)

Justizminister der Deutschen Demokratischen Republik (Ostdeutschland), geb. 1902, Angestellten-Familie, normaler Schulgang, Studium der Rechte, heiratet Dr. med. Benjamin (1943 im KZ Mauthausen umgekommen); unter Einfluss ihres Mannes linksextrem, 1924 Mitglied KP. Anwältin; Richterin, Amtsgericht Berlin-Wedding; 1933 Berufsverbot, wird Beraterin der Sowjetischen Handelsgesellschaft in Berlin, dann kaufmännische Angestellte. Nach dem Krieg 1945 Oberstaatsanwalt, Berlin-Lichterfelde; 1947—1949 Leiterin, Kader-Abteilung, Hauptverwaltung für Justiz in der sowjetischen Besatzungszone. 1949—1953 Vizepräsidentin des Obersten Gerichts der Ostzone (Vorsitz bei Schauprozessen), seit 1949 Abgeordnete der Volkskammer. 1953 Justizminister. April 1954 auch Mitglied des ZK der Soz. Einheitspartei Deutschlands (SED = Kommunistische Partei). Führt Volksrichter (ohne juristische Bildung) ein; massgebend bei der Neugestaltung des Rechts nach politischer Staatsraison, entgegen westlicher Rechtsauffassung. Verbittet durch Tod ihres Mannes, wurde die aus sozialem Mitgefühl linksgerichtete Frau Stalinistin der extremen Linie.

Afrikas für das Leben von morgen nicht qualifiziert sind. Das lassen auf der einen Seite sowohl die Anhänger der südafrikanischen, rhodesischen und weiteren Apartheid hören, wie auch auf der anderen Seite die kommunistische Presse. Die Kritiken, die, von gegensätzlichen Interessen inspiriert, entgegengesetzte Ziele verfolgen, kennzeichnen das Kreuzfeuer, dem die Demokratien bei ihren — zugegebenermassen oft ungeschickten — Versuchen, das Richtige zu tun, ausgesetzt sind. Dagegen gibt es nur ein Mittel: Vor seinem Gewissen sauber dastehen und weitermachen.

Geschichts-Interpretation

Den Mistkübel der Geschichte schildert diese Karikatur der «Morgenröte des Ostens» («Sarja Wostoka», Tiflis, 25. Juni). «Durch den Willen des Volkes», sagt der Text, «ist Li Sin Man (Syngman Rhee) bereits weggeworfen worden, und jetzt wird Kishi dorthin befördert.»



Kishi wird wieder einmal (KB, 16. März) als Katze mit Zylinder karikiert. Die sowjetische Karikatur verfolgt im Gegensatz zur guten westlichen Karikatur nicht die Absicht, Differenzierungen aufzudecken; sie verfolgt unter politischer Leitung im Gegenteil den Zweck, Zusammenhänge zu konstruieren und Propaganda zu verbreiten.

So wird der grundsätzliche Unterschied zwischen den Unruhen in Söul und in Tokio geflissentlich übergangen, Kishi Syngman Rhee gleichgestellt und beide Unruhen werden als spontane Volkserhebung gegen die Diener des amerikanischen Imperialismus dargestellt.

Fortsetzung von Seite 1

südostasiatischen Raum erhöhen. Ausserdem reagieren die Kommunisten stets scharf auf Rüstungen an der Nähe ihrer Grenzen.

So hielten die amerikanischen Unterhändler zurück, bis Kambodscha ihnen jetzt das Ultimatum stellte: Entweder ihr liefert, oder wir holen uns Waffen in Peking.

Es besteht kein Zweifel, dass die kommunistischen Staaten Hilfe an Afrika und Waffen an Asien liefern werden, wenn sie darum gefragt werden. Es besteht auch kein Zweifel, dass jedermann das ganz normal, wenn auch möglicherweise bedauernswert finden wird.

Es besteht ebenfalls kein Zweifel, dass eine Waffenlieferung der USA an Kambodscha, die zu einem Sturm in der kommunistischen Presse führen würde, sogleich von willigen Intellektuellen, Politikern und einem Teil der Presse im Westen als Provokation, als faux-pas und als «brinkmanship» (bis-an-den-Abgrund-Gehen) des Pentagon gestellt würde.

Womit wieder einmal klar wird, wie sehr die Infiltration kommunistischer Propagandathesen im Westen selber erfolgreich gewesen ist.

kurz

Polen und Tschechoslowakei sind sehr aktiv: Neues Handelsabkommen mit Norwegen, Besuch des griechischen Handelsministers, einer kubanischen Handelsdelegation, des internationalen

Auschwitz-Komitees in Polen; der Vizepräsident der Nationalversammlung von Westbengalen, der kubanische Verteidigungsminister in Prag, eine tschechische Delegation im Kongo, CSR-Handelsgespräche mit Oesterreich («Trybuna Ludu», 23., 25. und 26. Juni, «Uj Szo», 30. Juni).

Die Zahl der gerichtlich erfassten Wirtschaftsdelikte in Jugoslawien ist 1959 gegenüber 1958 zurückgegangen: Von 18 670 auf 18 419 («Borba», 2. Juli).

Für Reklame im Ausland können jugoslawische Firmen jetzt von der Bank für Aussenhandel Devisenkredite erhalten.

Vier Delegierte der Hafenarbeiter-Gewerkschaft der USA werden im Juli Polen und die UdSSR besuchen («Zycie Warszawy», 18. Juni).

Eine lateinamerikanische Kulturdelegation besuchte Rotchina und weilt in Nordkorea (Koreanische Agentur, 10. Juni).

Kwame Nkrumah, neuer Präsident Ghanas (KB, 6. Juli), wird auf Einladung die UdSSR besuchen; Chruschtschew wird Ghana besuchen. Das Datum wird nach Festlegung der Reisepläne Chruschtschews festgelegt; voraussichtlich wird dieser andere afrikanische Staaten ebenfalls besuchen («Prawda», 20. Juni).